

Vorwürfe gegen Frontex? Nie gehört. Eine Schweizer Studie zeigt Demokratiedefizite in der EU auf

Die Schweiz hat die Debatte geführt: Frontex soll ausgebaut werden. Anders sieht es in den beteiligten EU-Ländern aus. Die umstrittene Grenzschutzagentur ist nur einem geringen Teil der Bevölkerung überhaupt bekannt.

Christina Neuhaus

17.05.2022, 05.30 Uhr



Frontex-Einsatz in der Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei.

Dan Kitwood / Getty

Luzius Meisser ist Bitcoin-Unternehmer und EU-Skeptiker. Daniel Graf ist Anti-Frontex-Aktivist und Mitgründer der Stiftung für direkte Demokratie.

Gemeinsam sind ihnen das Interesse für demokratische Prozesse und die Überzeugung, dass die EU von der Schweiz lernen könnte.

Meissers Mittel und Grafs Know-how ermöglichten es, dass das auf politische Befragungen spezialisierte Meinungsforschungsunternehmen GfS Bern eine Vergleichsstudie durchführen konnte, die EU-Funktionäre als Zumutung empfinden dürften. Im Rahmen einer repräsentativen Befragung von 13 610 Stimmberechtigten in 25 EU-Ländern ist das GfS Bern der Frage nachgegangen, was die EU-Länder eigentlich von der umstrittenen Grenzschutzagentur halten.

Vorwürfe sind kaum bekannt

Das Resultat der Studie zeigt ein klares Bild: In den meisten Ländern ist Frontex nur einem geringen Teil der Bevölkerung überhaupt bekannt. Nur in einem Drittel der Staaten hat die Mehrheit der Befragten zumindest von Frontex gehört. 26 Prozent der Befragten gaben an, schon einmal Pushback-Vorwürfe vernommen zu haben. Die Ausnahme bilden Deutschland, Österreich, Litauen und Griechenland, wo mehr als 40 Prozent der Bevölkerung mit der Kritik an der Agentur vertraut sind. In Griechenland, wo Frontex stark präsent ist, gab fast jeder Zweite an, die Vorwürfe zu kennen. In Ländern wie Irland, Schweden, Frankreich oder der Slowakei ist das Wissen über Frontex hingegen klein. Die Kritik an der Agentur war weniger als 20 Prozent der Befragten bekannt.

Wie die von Urs Bieri geleitete GfS-Studie klar zeigt, haben 55 Prozent der Befragten eine positive Meinung von Frontex. Die Umfrage ergab aber auch, dass die in der Schweiz hoch und runter diskutierten Vorwürfe gegen die Agentur in den meisten EU-Ländern kaum bekannt sind. Dies spiegelt sich im Befragungsergebnis deutlich: Nur eine Minderheit von 14 Prozent äusserte sich kritisch über Frontex, und nur 3 Prozent bekundeten eine klar negative Haltung ihr gegenüber. In einer Volksabstimmung – auch das wurde abgefragt – hätten sich 44 Prozent der Europäerinnen und Europäer klar und 33 Prozent tendenziell für den Ausbau von Frontex ausgesprochen.

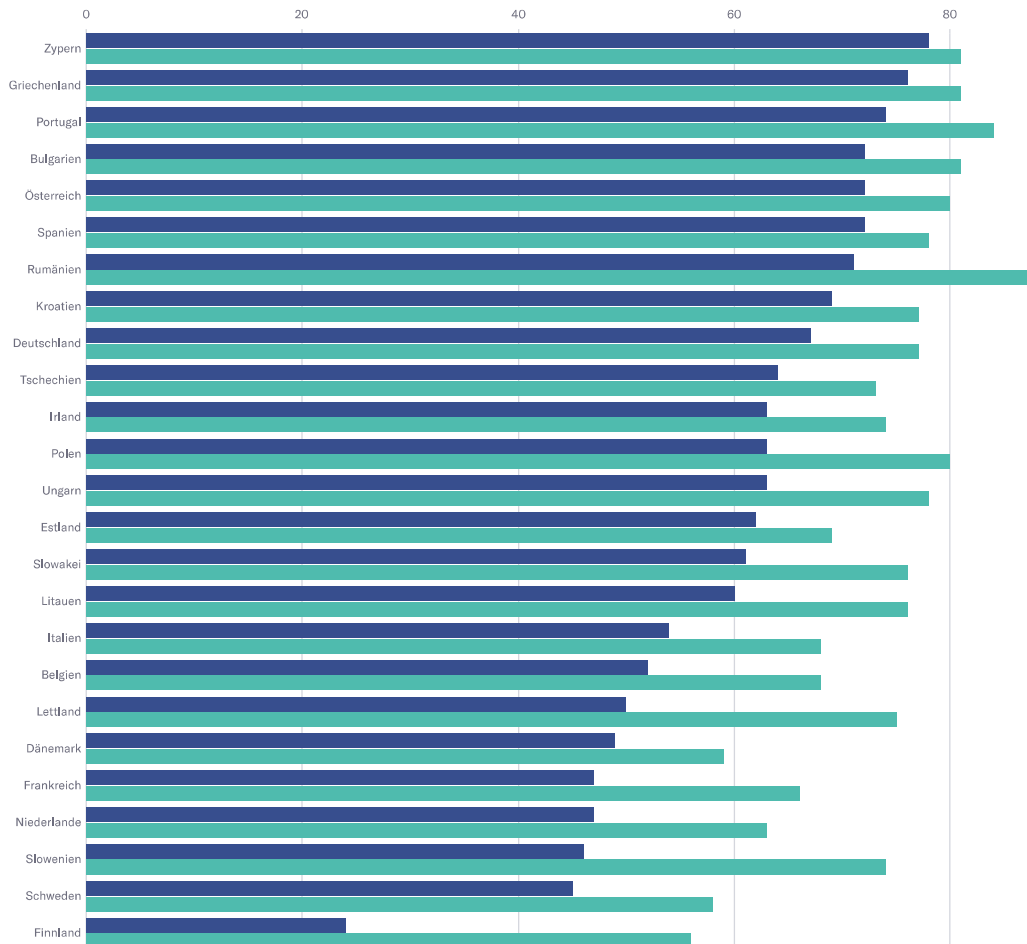
Die Frontex-Befragung ist nicht die erste GfS-Europa-Studie, die über die Grenzen hinausreicht. Bereits im vergangenen Herbst befragte das Team um Bieri 1000 Personen zur Zufriedenheit mit dem demokratischen System. Während in der Schweiz 90 Prozent der Befragten angaben, mit dem System zufrieden oder sehr zufrieden zu sein, bekundete in den Nachbarstaaten nur jeder Zweite seine Zufriedenheit mit dem EU-System. 44 Prozent sagten, sie seien sehr oder eher unzufrieden.

Auf diesem Ergebnis aufbauend, setzte das Team um Bieri nach: Im Rahmen der jüngsten Studie wurden die Teilnehmer gefragt, ob auch die EU-Länder über sachpolitische Vorlagen wie den Frontex-Kredit abstimmen sollten. Die Antwort war ein deutliches Ja: 60 Prozent der Befragten sagten, sie hätten gerne auf nationaler Ebene über die Frontex-Vorlage abgestimmt. 66 Prozent sagten, sie hätten sich eine europaweite Abstimmung gewünscht.

Die Mehrheit der Befragten in allen europäischen Ländern wünscht sich mehr direkte Demokratie

Befürwortung nationale Volksabstimmung Frontex

Wunsch direkte Demokratie allgemein – nationale Volksabstimmungen



Studie im Auftrag von Luzius Meisser, Meisser Economics, in Kooperation mit der Stiftung für direkte Demokratie. Befragt wurden 13 610 Stimmberechtigte in 25 EU-Ländern zwischen dem 7. und dem 17. März 2022.

Quelle: GFS Bern

NZZ / bsk.

Noch deutlicher äussert sich der Wunsch nach mehr föderaler Demokratiekultur in den Antworten auf die Frage, ob man sich generell für Volksabstimmungen ausspreche. Fast jeder dritte von fünf Befragten (73 Prozent) war für Abstimmungen auf nationaler Ebene. 66 Prozent wünschten sich europaweite Abstimmungen.

Mehr Demokratie erwünscht

Für die Studienverfasser lassen die Ergebnisse nur einen Schluss zu: Eine Mehrheit der Bevölkerung in den EU-Ländern wünscht sich mehr Demokratie. Nationale Referenden sind zwar bekannt, und seit April kennt die EU die Europäische Bürgerinitiative. Doch im Gegensatz zur Schweiz entspricht diese im Wesentlichen einem Antrag auf Gesetzesänderung. Erst die breite, durch Volksrechte ermöglichte Diskussion über den Frontex-Ausbau, so das Fazit der Untersuchung, hat den Weg bereitet für eine weitreichende Meinungsbildung in der Schweiz und die anschliessende Meinungsäusserung an der Urne. Die Gegner haben die Abstimmung gewonnen, aber der Bundesrat ist nun dennoch in der Pflicht, sich noch stärker für die Einhaltung der Grundrechte bei Frontex einzusetzen. In einer demokratischer organisierten EU wäre derselbe Prozess möglich gewesen.

Passend zum Artikel



Warum die Abstimmung zur Frontex-Finanzierung im Vergleich zu den anderen Voten aus dem Rahmen fällt

16.05.2022



Nach Vorwürfen wegen illegaler Pushbacks: Frontex-Chef Leggeri gibt sein Amt auf

30.04.2022



Neueste Artikel >



KURZMELDUNGEN

Polizei-News aus Zürich: Mann klettert auf Baukran – Grossaufgebot im Einsatz

Aktualisiert vor 39 Minuten

